

## Was passiert mit der Mobilität?



FDP-Abgeordneter Daniel Karrais zu Besuch bei Oel-Heimburger

ROTTWEIL – Deinhard Dittert und sein Sohn Michael Dittert von der Oel-Heimburger GmbH nahmen den FDP-Landtagsabgeordneten Daniel Karrais in Empfang, um, laut Pressemitteilung, mit ihm über die Herausforderungen im Mobilitätsbereich zu sprechen.

Deinhard Dittert ist bereits seit 32 Jahren im Unternehmen tätig. Anfänge des Familienunternehmens gehen sogar bis ins Jahr 1906 zurück. Schon vor 100 Jahren vertrieben Berta und Josef Heimburger in Horgen bei Rottweil neben Kolonialwaren auch Seifen, Fußbodenöl, Schmierfette und Öle für die Landwirtschaft. Die Übergabe an die dritte Generation sei bereits gesichert, denn Sohn Michael Dittert habe bereits seit drei Jahren einen Fuß im Unternehmen. Neben dem Vertrieb von Schmierstoffen und Heizöl liegt der Schwerpunkt heutzutage auf dem Betrieb von mehr als 100 Tankstellen.

Was passiert mit der Mobilität, das wollten Deinhard und Michael Dittert von Karrais wissen. Der Klimawandel und die damit einhergehende Politik haben zweifelsohne einen direkten Einfluss, hier waren sich die Anwesenden einig. „In den vergangenen zwei Jahren hat sich insbesondere in den Köpfen der Menschen einiges getan. Für mich ist allerdings oberste Prämisse, dass wir die Möglichkeit der Individualmobilität erhalten müssen,“ so Karrais.

Insbesondere die Individualmobilität dürfe nie zur sozialen Frage werden. Der Rottweiler Abgeordnete bemängelt: „Ich finde, dass der ländliche Raum regelmäßig unter den Tisch fällt. Zwar kann man Nahverkehrsangebote verbessern, aber ein vollständiger Ersatz scheint nur schwer möglich. In den

Großstädten sieht das anders aus. Darum muss es möglich sein, auch zu vertretbaren Kosten mit einem eigenen Fahrzeug von A nach B kommen zu können.“ Wichtiger sei es die Energiequelle der Fahrzeuge klimafreundlicher zu machen. Dazu könnten Wasserstoff und synthetische oder biologische Kraftstoffe beitragen, meint der Umweltausschussvorsitzende. „Wir können nicht warten, bis alle Verbrenner in 15 Jahren durch E-Autos ersetzt sind. Es braucht Lösungen für den Bestand und dann wird sich ein Mix aus verschiedenen Antriebsarten ergeben,“ sagte Karrais dazu.

Deinhard Dittert kritisierte hingegen den aktuellen politischen Kurs, der seiner Meinung nach zu stark auf den Einsatz von Elektromobilität setze. „Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass wir in Deutschland Energieautarkie mit erneuerbaren Energien erreichen werden,“ so Dittert. Anstatt eine bestimmte Antriebsart zu fördern, wünschten sich Dittert und sein Unternehmen, dass man neutraler an die Sache herangehe. „Im besten Fall bestimmen die Bürgerinnen und Bürger zusammen mit dem Markt, welche Antriebsart sich auf Dauer durchsetzt,“ erklärte der Unternehmer.

Dem stimmte der Rottweiler Abgeordnete zu. „Der Staat ist definitiv nicht der bessere Unternehmer und sollte auch nicht einfach die Rolle des Marktes übernehmen, auch wenn die grün-schwarze Landesregierung dies oftmals meint,“ so Karrais mit Blick auf die Landespolitik. Es sei wichtig politisch Leitplanken zu setzen, indem man Treibhausgasen einen Preis gebe und vereinzelt den Hochlauf neuer Technologien unterstütze. „Wir brauchen ein zentrales Verbot: man darf nicht mehr CO2 ausstoßen, als erlaubt. Wie man das Ziel erreicht, ist keine Entscheidung, die Abgeordnete treffen können,“ ist der klimapolitische Sprecher der FDP-Fraktion überzeugt.

Für Oel-Heimburger sei es wichtig, mit der Zeit zu gehen. Auch wenn Deinhard und Michael Dittert die einseitige Fokussierung und Subventionierung auf die reine E-Mobilität kritisieren, wollen sie jenen Kunden mit einem E-Auto das Tanken durch eine Ladesäule ermöglichen. „So einfach, wie man sich das vorstellt, ist das jedoch nicht,“ erklärte Michael Dittert. Das Unternehmen habe sich um eine Förderung bemüht, um in der Schramberger Straße eine entsprechende Ladesäule zu errichten. Dittert führte weiter aus: „Solange uns der Förderbescheid nicht vorliegt, können wir aber keine Investitionen tätigen, da die Kosten dann nicht übernommen werden. Den Antrag haben wir bereits Ende Juni gestellt.“

Verheerend finden die beiden Unternehmer zudem die Ausschreibung des Deutschlandnetzes, bei der das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für die Errichtung und den Betrieb von gut 1.000 Schnellladestandorten rund zwei Milliarden Euro in die Hand nimmt. „Eine staatsdirigistische Maßnahme, die den Markt verzerrt. Als privates Unternehmen kann man mit den zu erwartenden Dumpingpreisen nicht mithalten. Da macht man es der Wirtschaft von Haus aus schwer,“ meinen Deinhard und Michael Dittert. Dem stimmte Karrais zu.